

# Resolution

Antragsteller/innen: Alexandra Erikson, Katrin Werner, Alexander Ulrich und Wolfgang Ferner

**Soziale Gerechtigkeit geht nur mit LINKS!**

## **Landespolitische Grundlinien der rheinland-pfälzischen Linken in den Wahljahren 2013/2014**

Durch den Regierungswechsel zu Rot-Grün nach der Landtagswahl 2011 ist es zu keinem Politikwechsel gekommen. Die Landesregierung nutzt nicht ansatzweise ihren politischen Spielraum – sowohl im Land als auch auf der Bundesebene. Alles Handeln wird den strengen Regularien der sogenannten Schuldenbremse unterworfen. Dieses Spardiktat führt auch in Rheinland-Pfalz dazu, dass Reiche immer reicher und Arme immer zahlreicher werden.

DIE LINKE will keinen weiteren rigorosen Kahlschlag im Öffentlichen Dienst. Sie setzt sich für die Erhöhung der Einnahmen vor allem durch Besteuerung der Reichen ein, ohne die eine Sanierung des Landeshaushaltes und der Kommunalfinanzen nicht möglich ist.

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz ist die einzige Partei, die grundlegend andere Antworten auf die aktuellen Probleme unserer Gesellschaft hat. Sie stellt Fragen, formuliert Anträge und macht Vorschläge im Interesse einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner und der von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Sie bekämpft prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Werkverträge und befristete Jobs. DIE LINKE möchte unter anderem erreichen, dass

- die Dispo-Zinsen für Überziehungskredite gesetzlich begrenzt werden,
- Altersarmut bekämpft wird, anstatt Rentenbeiträge kurzfristig zu senken,
- bundesweit Mindestlöhne von zunächst 10.- Euro eingeführt werden,
- der Ausbau von Kita-Plätzen realisiert wird,
- gemeinsames Lernen von der 1. bis 10. Klasse in Gemeinschaftsschulen eingeführt wird,
- das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird,
- endlich menschenwürdige Zustände in der Pflege durch eine ausreichende Finanzierung gewährleistet werden,
- neoliberale Vorhaben, wie bspw. der Fiskalpakt durch die Landesregierung im Bundesrat abgelehnt werden,
- sich die Landesregierung im Bundesrat für eine bessere finanzielle Ausstattung des Landes und eine größere Steuergerechtigkeit einsetzt, etwa durch die Einführung der Vermögenssteuer in Form der Millionärssteuer und die Erhöhung der Steuern auf große Erbschaften,
- den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz durch ein Transparenzgesetz wichtige Verträge sowie Gehaltsstrukturen in öffentlichen Betrieben offengelegt werden. Aus dem Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger soll eine Informationspflicht der Behörden werden,
- mehr Elemente direkter Demokratie eingeführt werden, um die Menschen in Rheinland-Pfalz mehr an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen,
- der Druck auf die französische Regierung wächst, den Pannereaktor Cattenom endlich zu schließen,

- die Kosten für die notwendige und richtige Energiewende nicht allein auf die Schultern der Verbraucher abgewälzt werden und Strompreistarife über eine öffentliche Strompreiskontrolle gelenkt werden,
- das Land Rheinland-Pfalz sich im Bundesrat aktiv für die Bekämpfung von Lohndumping durch Leiharbeit einbringt, indem der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ (equal pay) verwirklicht wird,
- die Atomwaffen aus Büchel verschwinden und Rheinland Pfalz endlich atomwaffenfrei wird.

Aber auch auf kommunaler Ebene hat DIE LINKE engagierte Genossinnen und Genossen in den Kreistagen sowie Stadt- und Gemeinderäten. Mit viel Fleiß und Tatendrang leisten sie einen wichtigen Beitrag, um das Leben in rheinland-pfälzischen Gemeinden zu verbessern und konstruktiv in der Opposition zu arbeiten.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz, ihre Kreis- und Ortsverbände, Arbeitsgemeinschaften und Mandatsträger werden in den nächsten zwei Jahren alles daran setzen, dass die Partei die anstehenden Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen erfolgreich gestaltet. Das politische Gewicht einer Partei wird immer auch durch Wahlen entschieden. Wir wollen einen echten Politikwechsel gestalten und dafür müssen wir so stark wie möglich werden.

Um das zu erreichen, müssen persönliche Befindlichkeiten zurücktreten. Politische Alternativen zur Regierungspolitik müssen erarbeitet und im Rahmen einer couragierten Öffentlichkeitsarbeit unseren potentiellen Wählerinnen und Wählern präsentiert werden. Der Landesvorstand wird in den nächsten Wochen die weiteren politischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, damit die rheinland-pfälzische LINKE diese Aufgaben erfolgreich bewältigen kann.

Dazu gehört

- eine pluralistische Debatte in unserem Landesverband um das zu erstellende Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013
- die Erarbeitung eines kommunalpolitischen Rahmenwahlprogramms für die 2014 anstehende Kommunalwahl, in dem politische Grundsätze formuliert werden, die in allen linken Kommunalfraktionen gelten sollen und Arbeitsauftrag für die Mandatsträger sind,
- eine Mitgliederwerbeinitiative mit dem Ziel, die landesweite Verankerung der LINKEN auszubauen und neue aktive Mitglieder zu gewinnen,
- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit durch zusätzliche Beitrags- und Spendeneinnahmen die finanzielle Basis des Landesverbandes verbessert wird.

Dazu gehört auch die Herstellung der Beitragsgerechtigkeit zwischen den Mitgliedern. Spenden von Unternehmen, Banken und Versicherungen lehnen wir ab!

Ziel der LINKEN in Rheinland-Pfalz ist es, mit klaren inhaltlichen Schwerpunkten die anstehende Bundestagswahl erfolgreich zu gestalten. Unsere Mitglieder, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen, Verbände und Interessensvertretungen sind herzlich eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Unser Rheinland-Pfalz hat mehr verdient, als einen Einheitsbrei aus der ganz großen Koalition aus CDU, SPD, FDP und den Grünen!